Anarchisten und durch die Aufforderung, ihnen nachzueifern, zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert habe. Der zweite Angeklagte ist wegen eines von ihm dem „Socialist“ eingesandten Artikels, „Der Spitzel geht um“, angeklagt. Criminalcommissarius Boesel suchte nachzuweisen, daß die deutschen Anarchisten auf dem gleichen Standpunct wie die hingerichteten amerikanischen Anarchisten und die französischen Ravachol und Pallas ständen. Staatsanwalt Stachow beantragte gegen Sundat 10 Monate, gegen Weiß 6 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof hielt beide Angeschuldigte nur der Beleidigung für schuldig und erkannte auf je 6 Wochen Gefängniß.

Y. **Berlin**, 5. März. (Telegramm.) Heute früh machte der Kaiser einen Spaziergang durch den Thiergarten, nahm nach der Rückkehr von demselben im königl. Schlosse den Vortrag des Kriegsministers entgegen und arbeitete darauf längere Zeit mit dem Chef des Militaircabinets. Mittags conferirte er mit dem Oberstkämmerer Erbprinzen zu Hohenlohe-Oehringen und mit dem Minister des königl. Hauses v. Wedel. Zur Frühstückstafel waren keine Einladungen ergangen.

B. **Berlin**, 5. März. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Zeitung“ schreibt: Von agrarischer Seite wurde gestern nach der Feststellung der **Beschlußunfähigkeit des Reichstags** behauptet, daß nach Ausgabe der Garderobe mehr als 200 Mitglieder im Reichstagsgebäude anwesend waren, als der Abg. Richter die Beschlußfähigkeit anzweifelte und die Auszählung veranlaßte, und daß während dieser eine Anzahl freisinniger und socialdemokratischer Abgeordneten den Sitzungssaal verlassen haben, um die Versammlung beschlußunfähig zu machen. Dies wird heute in der freisinnigen Presse mit Behagen zugegeben. Danach hat eine Vergewaltigung der Mehrheit durch die Minderheit stattgefunden, die, wie immer man zu der Zuckersteuervorlage stehen mag, als eine Gefährdung der parlamentarischen Verhandlungen überhaupt gemißbilligt werden muß.

§§ **Berlin**, 5. März. (Privattelegramm.) Die **Commission für Arbeiterstatistik** ist zum 13. März zusammenberufen worden, um die Frage der Erhebungen in der **Confectionsbranche** zu berathen.

B. **Berlin**, 5. März. (Privattelegramm.) Dem **Abgeordnetenhause** ist ein Nachtragsetat zugegangen, worin 4000 ℳ verlangt werden zu einer persönlichen pensionsfähigen Zulage für einen der sieben geheimen Staatsarchivare am Geheimen Staatsarchiv in Berlin als zweiten Director der Staatsarchive. Diese Nachtragsforderung ist wie folgt erläutert:

Im dienstlichen Interesse erscheint es geboten, daß der Director der Staatsarchive gleichzeitig auch Director des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin ist. Aus dieser doppelten Stellung erwachsen aber dem betreffenden Beamten so umfangreiche Geschäfte, daß er sie nicht immer in wünschenswerther Weise voll wahrzunehmen vermag. Es ist deshalb nothwendig, daß ihm sowohl in seiner Stellung als Director der Staatsarchive, als auch in seinen Geschäften beim Geheimen Staatsarchiv zu Berlin ein ständiger Vertreter für Behinderungsfälle zur Seite gestellt werde. Diese ständige Vertretung kann nur einem Beamten des Berliner Archivs übertragen werden; es wird daher vorgeschlagen, für diesen Beamten eine pensionsfähige persönliche Zulage von jährlich 4000 ℳ bereitzustellen.

Es geht daraus hervor, daß wieder ein Gelehrter zum Director der Staatsarchive ernannt und neben dieser Stelle die obenerwähnte eines zweiten Directors für einen Beamten der Archivverwaltung errichtet wird.

— Der 15. deutsche Adelstag ist gestern unter dem Vorsitze des Grafen von der Schulenburg zusammengetreten. In die deutsche Adelsgenossenschaft wurde u. A. auch der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg aufgenommen. Der Adelstag beschäftigte sich u. A. mit der Ermittelung einer Instanz zur Schlichtung von Ehrenhändeln auf ordnungsmäßigem Wege für diejenigen Mitglieder der Genossenschaft, die keinem anderen Ehrengericht unterstehen und die Entscheidung der Genossenschaft anrufen.

— Die nationalliberalen Abgeordneten Dr. Kruse und Dr. Martens haben zur zweiten Lesung des Cultusetats im preußischen Abgeordnetenhause folgende Resolution eingebracht:

„Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, in kürzester Frist den seit langer Zeit in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über die Medicinalreform vorzulegen, welcher insbesondere das Verhältniß der Kreisphysiker dahin regelt, daß dieselben unter Beschränkung ihrer Privatpraxis und entsprechender Erhöhung ihres als pensionsfähig festzusetzenden Gehalts in höherem Maße als bisher den Aufgaben der gerichtlichen Medicin und der öffentlichen Gesundheitspflege sich widmen können.“

— Kaum hat Graf Mirbach seine hochtrabende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, um ihm den Beschluß der Steuer- und Wirthschaftsreformer zu Gunsten der Doppelwährung zu übermitteln, da kündigt auch schon die „Deutsche Tagesztg.“ an, im Reichstag solle folgender Antrag eingebracht werden:

„Der Reichstag wolle beschließen, zu erklären, daß der internationale Bimetallismus den Interessen Deutschlands entspricht, und die verbündeten Regierungen auffordern, Alles, was in ihren Kräften steht, zu thun, um durch ein internationales Uebereinkommen ein festes Werthverhältniß zwischen Silber und Gold herzustellen und zu sichern.“

Es soll also wieder die kostbare Zeit durch nutzlose Debatten vergeudet werden.

— Der Centralverein der Conservativen vor dem Potsdamer Thore hielt am Dienstag Abend im „Königshof“ eine Versammlung ab. Nach einem Referat des Oberverwaltungsgerichtsraths Hahn beschloß die Versammlung folgende Erklärung:

„Im Anschluß an die vom Berliner deutschconservativen Parteirath bezüglich des Ausscheidens des Hofpredigers Stöcker aus der conservativen Partei gefaßte Resolution vom 28. Februar d. J., welcher wir uns anschließen, wiederholen wir dem Hofprediger Stöcker den wärmsten Dank für seine durch lange Jahre bewährte Förderung und Leitung der conservativen Bestrebungen. Diesen Bestrebungen werden wir auch ferner innerhalb der Organisation der conservativen Partei, bei welcher wir verharren, unsere Kräfte widmen.“

— General-Lieutenant von Lignitz, beauftragt mit der Führung des dritten Armeecorps, ist als ständiges Mitglied in die Landesvertheidigungs-Commission berufen.

* **Danzig**, 5. März. (Telegramm.) Der Provinzial-Landtag hat den Antrag, zu einem in Danzig zu errichtenden Kaiser-Wilhelm-Denkmal 20 000 ℳ zu bewilligen, angenommen.

* **Graudenz**, 4. März. Vertreter des Vereins zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken gründeten hier einen Landesausschuß für die Provinz Westpreußen.

* **Cottbus**, 4. März. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde ein Antrag auf Besprechung und Abhilfe des Tuchmacherausstandes mit großer Mehrheit abgelehnt, weil die Bürgerschaft gar keine Sympathie für den frivolen, durchaus vom Zaune gebrochenen Ausstand habe.

* **Hamburg**, 4. März. Der conservative Bürgerverein der Hamburger Vorstadt hat, dem „Volk“ zufolge, eine Resolution angenommen, worin er das Vorgehen des Elfer-Ausschusses gegen Herrn Stöcker bedauert, seinen Austritt aus der deutsch-conservativen Partei erklärt und sich hinfort deutscher Bürgerverein der Hamburger Vorstadt nennen will.

* **Detmold**, 4. März. Zur lippischen Erbfolgefrage schreibt mit Bezug auf die Vorgänge in Meiningen, wo die Ebenbürtigkeit der Grafen von Lippe-Biesterfeld soeben ausdrücklich anerkannt worden, die „Lipp. Landesztg.“: „Der Landtag, der in den nächsten Tagen zusammentreten wird, dürfte zweifellos nun seinerseits selbstständig die Frage der Ebenbürtigkeit prüfen und einstimmig einen Beschluß fassen, daß er den Grafen Ernst als ebenbürtig anerkennt und den sofortigen Antritt der Regentschaft durch den Grafen Ernst fordert, falls nicht innerhalb einer kurz zu bemessenden Frist der Fürst zu Schaumburg-Lippe das Reichsgericht als Schiedsgericht anerkennt“.

* **Gelsenkirchen**, 4. März. Herr v. Egidy hielt hier vor einigen Tagen vor zahlreicher Zuhörerschaft, unter der sich auch viele Damen befanden, einen Vortrag. Er erklärte, er werde so lange mit der Socialdemokratie gehen, wie sie sich von Zwang und Gewalt zurückhalte; anderenfalls werde er sofort mit ihr brechen. (Das dürfte zu spät sein.) Seine Stellung zur Flottenvermehrung ist folgende: Er wünscht absolute Friedenshaltung und verwirft daher jede Rüstung. Wenn ihm jedoch Jemand darthut, daß ein Krieg bevorsteht, so will er auch Millionen zur Verbesserung des Heerwesens nicht scheuen. (Das dürfte dann ebenfalls zu spät sein). [Rhein.-Westf. Ztg.]

* **Vom Rhein**, 4. März. Die Mißbilligungserklärung der rheinischen „Deutschconservativen“ gegen den Elferausschuß wegen seines Vorgehens gegen Stöcker, die im vorigen Monat von einer Vertrauensmännerversammlung der rheinischen „Deutschconservativen“ veröffentlicht wurde, wird wohl das letzte Lebenszeichen dieser Partei gewesen sein. Ihr Gründer und Vorsitzender, der christlich-sociale Dr. Burckhardt in Barmen, der nicht hat erreichen können, daß die Partei in aller Form ins Stöcker'sche Lager abschwenkte, hat kurzen Proceß gemacht, ist mitsammt seinem Barmer christlich-socialen Anhang aus der Partei ausgeschieden, um sich der Partei Stöcker anzuschließen, und hat damit seine eigene Parteigründung hartherzig ihrem Schicksale überlassen. Die übrig gebliebenen Mitglieder, die sich seinerzeit von dem Herrn Burckhardt haben ins Schlepptau nehmen lassen, können nun, meint die „Post“, darüber nachdenken, wer wohl bei der damaligen Loslösung von dem Plettenberg'schen Parteiverbande die Gefoppten waren. Daß sie ihr Sonderdasein, etwa unter Führung des sich merkwürdig still verhaltenden Pfarrers Weber, fortzusetzen versuchen könnten, muß als ausgeschlossen erscheinen.

* **München**, 4. März. In der vorgestrigen Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer hielt bei Berathung des Cultusetats Cultusminister v. Landmann über die Lehrfreiheit an den Universitäten eine Rede, in welcher er, der „Allg. Ztg.“ zufolge, ausführte:

Die Forschungsfreiheit will der Minister vollständig unbeanstandet lassen; für die Lehrfreiheit aber gebe es doch gewisse Grenzen. Er erkenne sehr gern die Lehrfreiheit als eine mit dem Wesen und Blühen der Universitäten aufs Engste verbundene Einrichtung an; sie sei mit den Universitäten herangewachsen und im Grunde auch eine Folge der freien Forschung. Der als Forscher thätige Universitätslehrer habe auch ein Recht, die Ergebnisse seiner Forschung auch seinen Hörern mitzutheilen; aber nun komme eine Grenze: die Lehrfreiheit führe zu gewissen Auswüchsen und Mißständen, insbesondere dazu, daß nicht selten unreife und unausgegorene Theorien als feststehende wissenschaftliche Wahrheiten gelehrt werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Minister glaubt, daß im Allgemeinen die Bekämpfung solcher Auswüchse den Universitäten selbst überlassen bleiben müsse. Aber gerade daraus, daß kein Student an den Besuch eines bestimmten Collegs gebunden sei, gehe für die Regierung die Verpflichtung hervor, dafür zu sorgen, die nicht einer Fach-, sondern allgemeiner Bildung gewidmeten Lehrstühle mehrfach zu besetzen. Die Richtigkeit dieses Grundsatzes wurde auch im Landtage wiederholt anerkannt. Nun könne es gewiß Mißbräuche geben, denen gegenüber das Vertrauen auf die Lernfreiheit nicht ganz am Platze sei. Im Finanzausschuß erkannte es ein Führer der liberalen Partei an, daß auch die Lernfreiheit eine gewisse Grenze haben müsse, und Abgeordneter Günther selbst gab dies — im Widerspruch zu seiner Forderung absoluter Lehrfreiheit — in dem Sinne zu, daß diese Grenze in dem für alle Menschen verbindlichen Sittengesetze liege. Dieses Sittengesetz sei aber einmal nicht genau zu formuliren, und bedenklich sei es auch, wenn Abgeordneter Günther glaube, daß ein Universitätslehrer sich bei einer Ueberschreitung dieser Grenze lediglich mit seinem eigenen Gewissen abzufinden habe, sich nur einer gewissen Selbstdisciplin füge. Ein Lehrer könnte somit ungestraft die größten Scheußlichkeiten vorbringen, Verbrechen empfehlen, deren Namen man sich in den Mund zu nehmen scheue. (Abg. Günther: Hört!) Es handele sich ja um eine praktisch ziemlich gegenstandslose Frage. Aber wenn man einmal solche Principien erörtere, halte er sich für verpflichtet, sich darüber zu äußern. Im Gegensatz zu Günther müsse man von den Hochschullehrern verlangen, daß sie sich ihrer dreifachen Eigenschaft als Mitglieder einer ehrwürdigen Corporation, als Staatsbeamte und namentlich als Lehrer der Jugend bewußt bleiben. (Zustimmung rechts.) Von diesem Gesichtspunct ging auch die bayerische Ministerialentschließung vom Jahre 1889 aus. Eine bestimmte Formel dafür, wann die Regierung etwa einzutreten könne, lasse sich kaum feststellen. Einer Aeußerung seines Amtsvorgängers zustimmend, hält der Minister die Grenze der Lehrfreiheit für überschritten und ein Einschreiten der Regierung dann für geboten, wenn die öffentliche Meinung es fordere, wenn das öffentliche Gewissen, das Gewissen der Nation, die Regierung zum Einschreiten auffordere. Solche Fälle können vorkommen, wenn z. B. ein Professor theoretisch die Zurückgabe des linken Rheinufers an die Franzosen befürworten würde. Der Minister giebt schließlich wiederholt der Erwartung Ausdruck, daß diese Erörterung eine rein akademische bleiben und kein bayerischer Universitätslehrer Anlaß zu praktischer Erwägung solcher Maßnahmen geben werde.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 5. März. (Telegramm.) Die „Polit. Correspondenz“ meldet: Der Minister des Aeußern Graf Goluchowsky wird sich nächsten Sonntag nach Berlin begeben und während seines Aufenthaltes an der Tafel theilnehmen, welche der österreichische Botschafter v. Szögyeny-Marich zu Ehren des Kaisers und der Kaiserin veranstalten wird.

* **Pest**, 5. März. (Telegramm.) Wie das „Ungarische Correspondenzbureau“ meldet, wird die Kaiserin und Königin Elisabeth an der am 2. Mai erfolgenden feierlichen Eröffnung der Pester Millenar-Ausstellung, an dem am 3. Mai abzuhaltenden Festgottesdienste, an dem am 5. oder 6. Mai stattfindenden Hoffeste und an dem Empfange des Huldigungszuges am 8. Juni, als am Jahrestage der Krönung, persönlich theilnehmen.

Frankreich.

* **Paris**, 5. März. (Telegramm.) Im Ministerrathe theilte heute Vormittag der Minister des Auswärtigen Berthelot mit, es werde heute Nachmittag ein Gelbbuch über Madagaskar, welches den bereits bekannten Text des neuen Vertrages enthalte, in der Kammer vertheilt werden.

* **Paris**, 5. März. (Telegramm.) Der Besuch des Cäsarewitsch bei Faure bedeutete den Höhepunct der Präsidentenreise, die von allem Anfang an als französisch-russische Verbrüderungskundgebung gedacht war. — Der Haushaltsausschuß verwarf den Einkommensteuerentwurf grundsätzlich und wird den Bericht der Kammer unverzüglich erstatten. Einige Radicale und die Fortschrittslinke beabsichtigen einen vermittelnden Entwurf einzubringen, der die Regierungsvorlage preisgiebt, jedoch den Grundsatz der abgestuften Einkommensteuer rettet. Die Regierungsvorlagen fahren fort, vor den zuständigen Begutachtungsbehörden keine Gnade zu finden. Gestern verwarf der Kriegsrath mit 15 gegen 4 Stimmen Cavaignac's Plan, das neunzehnte algerische Armeecorps nach Frankreich zu verlegen und den Schutz von Algerien und Tunesien dem zu errichtenden Colonialheer anzuvertrauen. Damit fällt der ganze Plan dieses Colonialheeres zusammen. (Voss. Ztg.)

Portugal.

* **Lissabon**, 5. März. (Telegramm.) Deputirtenkammer. Der Minister des Auswärtigen erklärt die Nachricht von der Abtretung eines Gebiets am Catembe-Flusse an die deutsche Regierung für unbegründet.

Rußland.

* **Petersburg**, 5. März. (Telegramm.) Der Chef der 9. Cavallerie-Division, General Nowitzky, ist zum Commandeur des XII. Armeecorps ernannt worden. — Der Posten, welchen der verstorbene General Tscherewin bekleidet hatte, wird dem Vernehmen nach nicht mehr besetzt werden.

Orient.

Die türkischen Wirren.

* **Wien**, 5. März. (Telegramm.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: In einem Orte des Vilajets Angora sind zwei Armenier getödtet worden. Im District von Gentich im Vilajet Bitlis haben Gewaltthätigkeiten der Kurden gegen die Armenier, welche früher Mohammedaner waren, aber zum Christenthum übergetreten sind, stattgefunden. Auch aus anderen Orten werden Gewaltthätigkeiten gemeldet.

Asien.

* **Peking**, 4. März. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Der Vicekönig Li-hung-tschang und die Mitglieder der Gesandtschaft sind gestern zu den Krönungsfeierlichkeiten nach Moskau abgereist.

Afrika.

Die Niederlage Baratieri's.

* **Rom**, 5. März. (Telegramm.) Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ fehlt noch jede Nachricht über die Generäle Dabormida, Albertone und Arimondi. 9000 Weiße und 8000 Eingeborene sollen an der letzten Schlacht theilgenommen haben. Der König soll heute ein Decret unterzeichnet haben, durch welches Baratieri zur Disposition gestellt wurde. Das Kriegsministerium hat die Berichte Baratieri's dem militairischen Generalanwalt in Rom übermittelt.

* **Rom**, 5. März. (Telegramm.) Der Bericht Baratieri's macht einen schlechten Eindruck, weil er zu sehr den Anschein erweckt, Baratieri wolle sich entlasten. Es heißt jetzt, Baratieri sei aus Mangel an Lebensmitteln zum Kampfe gezwungen worden. Es waren nur 10 000 Mann im Feuer. Die Brigade Dabormida rettete durch mehrere Bajonettangriffe den Rückzug der Brigade Albertone und kehrte selbst wohlerhalten zurück. Die Generäle Albertone und Dabormida sollen gefallen sein; auch Galliano, der Held von Makalle, scheint gefallen zu sein. In militairischen Kreisen macht es einen schlechten Eindruck, daß die Generäle Baratieri und Ellena, sowie Oberst Valenzano beim Rückzuge 105 km zurückeilten, ohne sich um ihre Truppen zu kümmern. Die „Opinione“ fordert daher von Neuem vom Ministerium eine strenge Untersuchung. — Die Bildung des neuen Cabinets begegnet Schwierigkeiten, es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der König eventuell Crispi mit der Neubildung beauftragt. Andererseits wird General Ricotti als Nachfolger Crispi's genannt. (Frkf. Ztg.)

* **Rom**, 5. März. (Telegramm.) Deputirtenkammer. Die Zugänge zur Deputirtenkammer sind von einer dichtgedrängten Menschenmenge belegt. Saal, Galerien und Diplomatenloge sind überfüllt. Crispi zeigt die Abdankung des Cabinets an und theilt mit, daß der König dieselbe angenommen hat. (Langanhaltender Beifall auf mehreren Seiten, Rufe: „Es lebe der König“! Lebhafte Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Crispi erklärt alsdann, daß die Minister zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bis zur Ernennung der Nachfolger auf ihren Posten bleiben würden. (Große Unruhe und Rufe auf der äußersten Linken.) Der Präsident ersucht das Haus, sich zu vertagen, bis die Krone ihre Entscheidung getroffen habe. (Andauernder Lärm auf der äußersten Linken.) Die Sitzung wurde unter großer Erregung geschlossen.

* **Rom**, 5. März. (Telegramm.) Im Senate gab Ministerpräsident Crispi dieselbe Erklärung ab wie in der Deputirtenkammer. Auf Antrag des Präsidenten vertagte sich der Senat auf unbestimmte Zeit.

* **Paris**, 4. März. Alle hiesigen Blätter besprechen in längeren Ausführungen die Niederlage der Italiener bei Adua. Erstere Blätter sind in ihrem Urtheil etwas zurückhaltend; die chauvinistischen Blätter fallen über Crispi her, den sie für das Unglück verantwortlich machen, und sagen den baldigen Sturz des Königthums und die Verkündigung der Republik voraus. „Temps“ schreibt: „Jede Stunde, die verstreicht, bringt nicht nur die Bestätigung, sondern verschlimmert noch die Meldungen von dem Unglück des italienischen Heeres. General Baratieri hat nicht blos eine Niederlage erlitten, sondern eine Niederschmetterung. Die für uneinnehmbar gehaltenen Stellungen, in denen sich die italienischen Streitkräfte verschanzt hatten, sind geräumt; die Vertheidigungslinie ist weit nach hinten gerückt, die Verbindungslinie mit der Basis ist nothgedrungen aufgegeben worden, die Truppen, namentlich die einheimischen, sind entmuthigt, und die Mannschaften sind den Versuchungen Menelik's ausgesetzt. „Das sind die Hauptfolgen des Tages vom 1. März.“ „Eclair“ spricht die Ansicht aus, daß die Regierung weit umfassendere Nachrichten erhalten, als diejenigen, die sie schon mitgetheilt hat; sie zögere, Alles bekannt zu geben, weil die geheim gehaltenen Mittheilungen sehr ernster Art seien. Die Regierung müsse gegenwärtig genau wissen, wie hoch sich annähernd die Zahl der Gefallenen stelle. Privattelegramme würden von der Censur aufgehalten. „Figaro“ bemerkt, vom europäischen Standpunct betrachtet, sei es klar, daß Menelik's Sieg dem italienischen Heere einen Stoß versetzt habe, von dem sich dessen Organisation und dessen Ansehen nur schwer erholen würden. Es sei wahrscheinlich, daß Deutschland und Oesterreich nunmehr ihre Werthschätzung der dritten Macht im Bunde sehr herabsetzen würden. „Soleil“ meint, der König könne nur einen Entschluß fassen, nämlich den Rücktritt Crispi's zu fordern, der Italien in den ungerechten und unheilvollen Krieg hineingezogen habe, des wahren Urhebers der Niederlage der italienischen Truppen. Die „Petite République“ äußert sich in demselben Sinne.

* **Paris**, 5. März. (Telegramm.) Die öffentliche Antheilnahme wendet sich immer ausschließlicher den italienischen Angelegenheiten zu. „Figaro“ schreibt heute: „Wir sind heute Zuschauer des letzten Aufzugs eines ergreifenden Dramas, dessen Ausgang entscheidend sein kann für Europas zeitgenössische Geschicke. Heute wird an Montecitorio das Schicksal des Dreibundes entschieden.“ Ebenso sagt „Lanterne“: „Die Niederlage von Adua ist zugleich die Niederlage des Dreibundes (?). Deutschland und Oesterreich, die bereits die Ausschließung Italiens (?) erwogen haben, werden zweifellos in mehr oder weniger schonender Form mit ihrem gefährlichen Bundesgenossen brechen.“ Alle anderen Blätter, ohne Parteiunterschied, äußern sich ähnlich, so daß eine Wiedergabe ihrer Bemerkungen aus bloßen Wiederholungen bestände. Von beispielloser Heftigkeit ist die „Pet. Républ.“, die nicht allein Crispi persönlich aufs Gröbste beschimpft, sondern auch König Humbert angreift und ihren Wuthausbruch mit den Worten schließt: „Der König und sein erster Minister waren im Verbrechen verbunden, soll man sie in der Sühne trennen?“ (Voss. Ztg.)

Amerika.

Spaniens Kampf um Cuba.

* **New-York**, 5. März. (Telegramm.) Nach einer Drahtmeldung aus Havana hatte General Meleguizo einen Zusammenstoß mit den Schaaren Maceo's bei Casignas in der Provinz Havana. Maceo wurde mit einem Verlust von etwa 30 Todten zurückgeschlagen. Die Generale Prat und Arolas berichten, daß sie die Streitkräfte Maximo Gomez' bei Hanabana geschlagen und zerstreut hätten, dabei sei der Führer Castillo schwer verwundet worden. Die Aufständischen haben mehrere kleine Ortschaften in der Umgebung von Guanabacoa, welches 5 Meilen von Havana entfernt ist, in Brand gesteckt.

* **Madrid**, 5. März. (Telegramm.) Da die spanische Regierung den Beistand der Franzosen in den durch den Krieg auf Cuba nothwendig gewordenen Anleiheoperationen nachgesucht hat, sind politische Unterhandlungen erfolgt, welche die Marokko-Frage umfassen. Spanien habe der französischen Besetzung der Oase Tuat, sowie der neuen Bekräftigung der Interessengemeinschaft zwischen Spanien und Frankreich in Marokko zugestimmt, aber weitere Zugeständnisse wegen der Zölle in Marokko abgelehnt; der französische Botschafter in Madrid kehrte nach kurzem Besuche in Paris zurück mit Vorschlägen für eine große Anleihe und eine mögliche diplomatische Unterstützung Frankreichs in der Kubafrage, wofür Spanien commerzielle Zugeständnisse machen und versprechen solle, kein Bündniß mit einer anderen Macht als Frankreich zu schließen und Bürgschaften bezüglich eventueller Flottenoperationen Frankreichs an den Küsten Spaniens zu geben. Canovas conferirte mit dem Führer der Opposition, da er dessen Zustimmung zum Abschluß des Abkommens als nothwendig erachtet. Die Finanzoperation ist bereits grundsätzlich vereinbart; das Pariser Syndicat nimmt 25 Millionen cubanischer Obligationen von der spanischen Regierung; Spanien gesteht die Verlängerung der Eisenbahnconcession zu. (Voss. Ztg.)

Militair und Marine.

* **Berlin**, 4. März. Der König von Sachsen hat dem Generalstabsarzt der Armee, Wirklichen Geheimen Ober-Medicinalrath Dr. von Coler, Chef der Medicinalabtheilung im königl. preußischen Kriegsministerium, das Großkreuz des sächsischen Albrechtsordens verliehen.

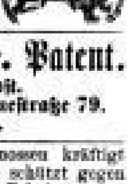
* **Wilhelmshaven**, 5. März. (Telegramm.) Von der ersten Division sind die Panzer „Weißenburg“ und „Wörth“ nach Kiel abgegangen, „Brandenburg“ und „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ folgen am Sonntag.

Aus Curorten.

§ **Meran.** Für die Meraner Volksschauspiele wurde zum Frühjahr folgender Spielplan festgestellt: „Tiroler Helden“, die Geschichte des Wirthes an der Mahr und des Thaurerwirthes behandelnd, gelangt am 29. März, am 12. April und 10. Mai zur Aufführung. Gelegentlich des großen Tirolerfestes, welches in Meran zur Osterzeit unter dem Protectorat der Fürstin Metternich zu Gunsten der Passeirerstraße abgehalten wird, findet am Ostermontag, den 6. April, eine Festvorstellung „Andreas Hofer“ statt. Dieses Stück wird auch am 3. Mai wiederholt. Am 19. und 26. April gelangt eine Novität „Andreas Hofer's Auszug zur dritten Iselschlacht“ von Carl Wolf, dem Leiter des Unternehmens, zur Darstellung.

Auer Gasglühlicht.
Compl. Apparat ℳ 5; Glühkörper ℳ 2.
Geo. Schneider Nachf.,
Centralhalle, Fernspr. 1998 u. Kohlgartenstr. 57, Fernspr. 2705.
Vertreter der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft.
Wir warnen vor werthlosen Nachahmungen der Auer'schen Patente.
Neubestellungen erbitten **Centralhalle.**
Auf Wunsch Abonnement.

Neuheiten-Ausstellung.
Cotillon-Orden u. Touren, Papierkopfbedeckungen, Knallbonbons, Fächer, Decorations-Placate etc.
M. Apian-Bennewitz, Markt, Barthel's Hof, nur im Hofe querüber.

Kronleuchter, Ampeln, Lyren u. s. w., Gas-Glühlicht, Gas-Zimmer-Heizöfen und Gaskocher u. s. w., engl. Water-Closets u. Badeeinrichtungen. Garantie, beste Ausführung zu Fabrikpreisen.
Robert Kutscher, Königsstraße 8.


Patent. Das ewige Feuer. Patent.
Grude-Oefen mit Platten und Rost.
A. Beulshausen, L.-Plagwitz, Carl-Heinestraße 79.
Dauernde Gewerbe-Ausstellung.

BOVRIL regelmäßig genossen kräftigt die Gesundheit, schützt gegen Influenza und Erkältungen.
Depot: Riquet & Co., Goethestrasse 6.

Gesetzl. geschützt. **Jllodin** Unübertroffen zum Zähnereinigen und Mundausspülungen.

Kirchliche Nachrichten.

Lutherkirche.

Heute Freitag Abends ½8 Uhr Passionsgottesdienst: Pfarrer von Seydewitz.

Synagoge.

Gottesdienst Freitag Abend 5 Uhr 45 Min.
Sonnabend früh 8 Uhr 30 Min.
Sonnabend Nachmittag 2 Uhr 45 Min.
Jugendgottesdienst.

Tageskalender.

Telephon-Anschluß:

Expedition des Leipziger Tageblattes	Nr. 222	Amt I
Redaction des Leipziger Tageblattes	„ 153	
Buchdruckerei des Leipziger Tageblattes (E. Polz)	„ 1173	

Louis Lösche, Filialen des Leipziger Tageblattes: Katharinenstr. 14: Amt I 2935. Königsplatz 7: Amt IV 3575.

Auskunftsstelle für See-Schifffahrts- und Reise-Verkehr Reise-Weltkarte der Hamburger Rhedereien: F. W. Grauenstein, Packhofstr. 11/13. Unentgeltliche Auskunftsertheilung: Wochentags 9–12 Uhr Vormittags und 3–6 Uhr Nachmittags.

Patent-, Gebrauchsmuster- u. Marken-Auskunftsstelle: Brühl 2 (Tuchhalle), I. Etage. Wochentags 10–12, 4–6. Fernspr. I, 682.

Oeffentliche Bibliotheken.

Universitätsbibliothek (Beethovenstr. Nr. 4) ist an allen Wochentagen geöffnet: von 9–1 Uhr und (mit Ausnahme des Sonnabends) Nachmittags von 3–5 Uhr; Lesesaal von 9–1 und Nachmittags (mit Ausnahme des Sonnabends) von 3–6 Uhr; Bücher-Ausgabe und -Annahme von 11–1 und Nachmittags (mit Ausnahme des Sonnabends) von 3–5 Uhr. Filiale für Bücher-Ausgabe und -Annahme (Grimm. Steinweg 12) täglich von 11–1 Uhr geöffnet.

Stadtbibliothek Montags und Donnerstags 11–1 Uhr, die übrigen Tage 3–6 Uhr.

Bibliothek der Handelskammer (Neue Börse) 10–12 Uhr und 4–6 Uhr.

Volksbibliothek I. (Alexanderstr. 35, p.) 7½–9½ Uhr Abds.
Volksbibliothek III. (VII. Bürgerschule) 7½–9½ Uhr Abds.
Volksbibliothek IV. (VI. Bürgerschule) 7½–9½ Uhr Abends.
Volksbibliothek VI. (I. Bürgersch. R. Dorpingstr. 2) 7½–9½ U. A.

Musikbibliothek Peters (Königsstraße 26) ist an allen Wochentagen von 11–1 und 3–6 Uhr geöffnet. Bücher, Musikalien und Musikzeitungen können im Lesezimmer unentgeltlich studirt resp. gelesen werden.

Pädagogische Centralbibliothek (Comeniusstiftung), Lehrervereinshaus, Kramerstr. 4, geöffnet Mittwoch und Sonnabend von 2–4 Uhr. Lesehalle von 2½ bis 8 Uhr geöffnet.